



Elia Mula | Paul Simeon Pollenske | Golo Richter | Hannah Schönefeld | Lea Seidel |
Bundessprecher*innen im Freiwilligen Ökologischen Jahr 2019/20 |
bundessprecher@foej.net | www.foej.net



04.05.2020

#climatejusticenow

Position der Freiwilligen im FÖJ zu Klimagerechtigkeit

Die Klimakrise ist die größte lokale, wie auch globale Herausforderung unserer Zeit. Mit unserem heutigen Handeln entscheiden wir über die Zukunft der Menschheit. Wir als Freiwillige im Freiwilligen Ökologischen Jahr setzen uns mit Nachdruck für eine sozial gerechte und wirksame Klimapolitik ein. Dafür engagieren wir uns in unseren Einsatzstellen und darüber hinaus.

FÖJler*innen nehmen auf ihren Einsatzstellen tagtäglich wahr, welche Folgen eine unzureichende Klimapolitik hat: Ernteauffälle auf dem Demeter-Bauernhof, verfrühte Laichzeiten bei Fischen und zunehmende Sturmfluten auf den Halligen in der Nordsee. Während wir in Deutschland durch unseren massiven Ausstoß von Treibhausgasen erheblich zur Erwärmung des Klimas beitragen, bekommen wir als Teil des globalen Nordens und Bürger*innen eines Industriestaates die Folgen des menschengemachten Klimawandels bislang kaum zu spüren. In anderen Regionen hingegen, insbesondere dem globalen Süden, leben Menschen klimabedingt in existenz- und lebensbedrohlichen Zuständen oder müssen vor diesen fliehen. Allein die finanziellen Schäden durch Folgen des Nichthandelns werden bereits jetzt auf bis zu 62 Milliarden Euro bis 2030 geschätzt – und das lediglich für Deutschland. Die Klimakrise wird jedoch nicht nur Geld, sondern auch unzählige Leben kosten, wenn wir nicht unverzüglich handeln.

Aus diesen Gründen fordern wir nachdrücklich, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, die zu einem grundlegenden Strukturumbau im Sinne der Klimagerechtigkeit führen. Dabei ist es essentiell wichtig, dass diese Maßnahmen nicht zu Lasten der ohnehin stärker Betroffenen, insbesondere von Menschen im ländlichen Raum und finanziell schwächer Gestellten, umgesetzt werden, sondern zu einer sozial gerechten Zukunft aktiv beitragen. Nur so sind Klimaschutzmaßnahmen tragfähig und zukunftstauglich.

1. Erreichen des 1,5°C-Ziels

Im Dezember 2015 haben sich 195 Länder auf der Klimaschutzkonferenz COP21 rechtlich bindend selbst dazu verpflichtet, den Anstieg der globalen Erwärmung auf

„FÖJ ist das,
was Du draus
machst!“



„FÖJ ist
Zukunft“

deutlich unter 2°C zu begrenzen. Dies würde die Risiken und Folgen des Klimawandels drastisch vermindern, wie der Sonderbericht des IPCC von 2018 deutlich zeigt (1). Das Artensterben fiel weit weniger gravierend aus, der Meeresspiegel stiege in geringerem Maß an und extreme Wettererscheinungen würden uns bei Weitem nicht so ernstlich treffen. Das 1,5°C-Ziel ist in vielen Belangen die einzige Hoffnung künftiger Generationen und deshalb fordern wir, dass dieses im Konsens in Paris beschlossene Ziel eingehalten wird.

Ab sofort muss das 1,5°C-Ziel der Maßstab für die Umsetzung konsequenter Klimaschutzes sein.

2. Kohleausstieg bis 2030

Das von der Kohlekommission festgelegte Ziel, 2038 aus der Kohle auszusteigen, ist mit dem 1,5°C-Ziel nicht vereinbar. Damit wir eine Chance haben, unserer Verantwortung dem globalen Süden gegenüber in Ansätzen gerecht zu werden und das von uns unterschriebene 1,5°C-Ziel aus dem Pariser Klimaabkommen einzuhalten, fordern wir einen konsequenten Kohleausstieg bis 2030 (2).

3. CO₂-Bepreisung erhöhen

Ab 2021 wird eine Tonne CO₂ in Deutschland im Verkehrs- und Gebäudesektor mit 25€ besteuert. Dieser Preis ist für Deutschland vor dem Hintergrund der Notwendigkeit globaler Solidarität in der Klimapolitik zu niedrig und nicht mit dem im Pariser Klimaabkommen festgeschriebenen 1,5°C-Ziel vereinbar. (3) Nach aktuellen Berechnungen der „Carbon Pricing Leadership Coalition“ muss Kohlendioxid schon 2020 einen Preis von 35-70€ erhalten, um die globalen Klimaziele einzuhalten. (4) Zur besseren Planbarkeit und um größere Veränderungen zu bewirken, sollte die Bepreisung von CO₂ schrittweise erhöht werden. Den Berechnungen der „Carbon Pricing Leadership Coalition“ zufolge, sollten Treibhausgase 2030 44-88€ pro Tonne kosten. Wir fordern, dass die zukünftige CO₂-Bepreisung die von Wissenschaftler*innen und Expert*innen berechneten Werte einhält.

4. CO₂-Bepreisung sozial verträglich gestalten

Nicht umsonst fordern wir nicht nur Klimaschutz, sondern Klimagerechtigkeit: Es muss mit allen Mitteln verhindert werden, dass beispielsweise Mobilität ein Privileg der Wohlhabenden wird. Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung müssen deshalb auch systematisch dafür verwendet werden, bestehende Ungerechtigkeiten zu reduzieren und neue zu verhindern.

Die Freiwilligen im FÖJ solidarisieren sich ausdrücklich mit Akteur*innen, Institutionen, Organisationen und Bewegungen, welche sich für Klimagerechtigkeit einsetzen, dabei innerhalb des gesetzlichen Rahmens agieren und in ihren Forderungen die Prinzipien unserer Demokratie und unseres Rechtsstaats achten, wahren und stärken.



- (1) https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/2/2019/05/SR15_SPM_version_report_LR.pdf
zuletzt entnommen am: 22.04.2020
- (2) https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/2016_2020/2017_10_Stellungnahme_Kohleausstieg.pdf?__blob=publicationFile&v=30 zuletzt entnommen
am: 21.04.2020
- (3) https://static1.squarespace.com/static/54ff9c5ce4b0a53deccfb4c/t/59b7f2409f8dce5316811916/1505227332748/CarbonPricing_FullReport.pdf zuletzt entnommen am: 21.04.2020
- (4) <https://www.quarks.de/umwelt/klimawandel/kann-eine-co2-steuer-dem-klima-helfen/>
zuletzt entnommen am: 18.04.2020